

27.01.2014

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der FDP

Solide Haushaltskonsolidierung statt Steuererhöhungen – Nordrhein-Westfalen braucht seriöse Finanzpolitik

Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans hat sich in der aktuellen Ausgabe der Wirtschaftswoche vom 27. Januar 2014 dahingehend geäußert, dass Steuererhöhungen unumgänglich seien, um die im Koalitionsvertrag vereinbarten Wahlgeschenke finanzieren zu können. Die Finanzdecke für Bund, Länder und Gemeinden sei nach seiner Überzeugung zu klein.

Dem steht entgegen, dass der Bund mit der letzten mittelfristigen Finanzplanung der schwarz-gelben Koalition gezeigt hat, dass Schulden auf Bundesebene in naher Zukunft hätten abgebaut werden können. Die Kassenergebnisse für das Jahr 2012 weisen zudem für die Gesamtheit der Kommunen einen positiven Finanzierungssaldo aus. Auch sieht man dort, dass sechs der 13 Flächenländer in der Bundesrepublik ebenfalls einen positiven Finanzierungssaldo ausgewiesen haben. Die Kehrtwende in der Schuldenpolitik von Bund, Ländern und Gemeinden scheint damit zum Greifen nah. Die guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben diese Ergebnisse in den Jahren 2013 und 2014 tendenziell noch verbessert – aktuelle offizielle Statistiken hierfür stehen noch aus.

In Nordrhein-Westfalen wird jedoch deutlich: Obwohl die Landesregierung bis zum Jahr 2017 mit jährlichen Steuerermehreinnahmen von fast acht Milliarden Euro im Vergleich zum Ansatz des Jahres 2013 rechnet und bereits Rekordsteuereinnahmen verbucht, kann die Schuldenbremse 2020 aller Voraussicht nach nicht eingehalten werden.

Grund dafür ist: Seriöse Haushaltspolitik ist in Nordrhein-Westfalen nicht zu finden. Globale Minderausgaben und globale Mehreinnahmen verschleiern erstens die strukturelle Höhe der Ausgaben und erhöhen zweitens fiktiv die Steuereinnahmen des Landes. Trotzdem ist das Neuverschuldungsniveau zu hoch, weil sich die rot-grüne Landesregierung gegen strukturelle Einsparungen im Landeshaushalt verweigert.

Datum des Originals: 27.01.2014/Ausgegeben: 27.01.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Die nordrhein-westfälische Landesregierung steckt ihre politische Energie in den Aufbau von Bürokratie und damit in Standortverschlechterungen für das Land anstatt ihre Hausaufgaben in der Haushaltspolitik zu erledigen.

Sie verlässt sich auf noch stärker sprudelnde Steuereinnahmen und Steuererhöhungen zu Lasten aller Steuerzahler. Die heimlichen Steuererhöhungen durch die von Rot-Grün im Bundesrat verhinderte Abmilderung der kalten Progression zeigen dies deutlich.

Nordrhein-Westfalen hat folglich kein Einnahmeproblem. Durch gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen wird das Steueraufkommen für alle Gebietskörperschaften der Bundesrepublik weiter wachsen. Zusätzliche Griffe in die Taschen der Steuerzahler durch Erhöhungen der Steuerlast zur Finanzierung von Wahlgeschenken der großen Koalition im Bund sind dabei weder sachgerecht noch wachstumsfördernd. Dies gilt insbesondere für eine weitere Erhöhung von Landessteuern – die jungen Familien in unserem Land dürfen nicht durch eine noch stärker anwachsende Grunderwerbsteuer belastet werden.

Vor dem Hintergrund des Rufes nach Steuererhöhungen zur Finanzierung von Wahlgeschenken bei einer gleichzeitig ausbleibenden Konsolidierungsstrategie für den Landeshaushalt ist es notwendig, dass sich der Landtag mit den Aussagen des Finanzministers zu notwendigen Mehrbelastungen für die Steuerzahler in Rahmen einer Aktuellen Stunde beschäftigt.

Christof Rasche

und Fraktion